

Neue Wege in der Flüchtlingspolitik gesucht

In die Flüchtlingsdebatte hat sich jetzt auch Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) eingeschaltet. Sie könne sich mittelfristig vorstellen, Flüchtlinge aus Nordafrika in Deutschland aufzunehmen, sagte die FDP-Politikerin. Für den Osnabrücker Migrationsexperten Prof. Klaus Bade muss die EU "kontrollierte Einwanderungswege" öffnen.



Flüchtlinge auf dem Weg ins
Aufnahmelager auf Lampedusa



Italien könne zurzeit mit der Flüchtlingssituation nicht fertig werden. Europa sei auch nicht Flüchtlingen überrannt worden, sagte, Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) dem «Hamburger Abendblatt» (Samstagsausgabe). Die EU müsse "Mechanismen entwickeln, Einwanderung nach Europa besser zu steuern - jenseits des Asylrechts", sagte die FDP-Politikerin. Dafür seien gemeinsame Standards nötig.

Leutheusser-Schnarrenberger zeigte sich grundsätzlich offen für die Forderung von EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström, andere EU-Staaten sollten in Ausnahmefällen Bootsflüchtlinge aufnehmen, bevor ein reguläres

Asylverfahren abgeschlossen sei.

Die Ministerin betonte zugleich, daß "der Grundansatz und das Prinzip, nach dem Asylanträge in dem EU-Land bearbeitet werden müssen, in das ein Flüchtling zuerst einreist, nicht auf den Prüfstand müsse", sagte die FDP-Politikerin. Über die Idee von EU-Kommissarin Malmström, Notfallmechanismen zu entwickeln, sollte in Ruhe diskutiert werden.

Bislang will Deutschland am Dublin-II-Abkommen nicht rütteln, wonach Asylanträge grundsätzlich in dem Land bearbeitet werden, in dem ein Asylsuchender erstmals EU-Boden betritt.

Migrationsexperte fordert Umdenken

Europa müsse kontrollierte Einwanderungswege öffnen, sagte der Osnabrücker Migrationsexperten Klaus Bade. Jetzt sei für die EU die "Stunde der Wahrheit" gekommen, so Bade in der «Frankfurter Rundschau». Demokratieförderung greife nur, wenn der wirtschaftliche Rahmen stimme. Deshalb müsse die Union ihre Märkte "deutlich mehr als bisher für Produkte aus den betroffenen Ländern öffnen". Umgekehrt müssten die Länder ihre Märkte gegen subventionierte EU-Produkte schützen dürfen. Es dürfe nicht länger sein, "dass eine französische Pute in Tunesien billiger ist als eine tunesische", so der Vorsitzende des Sachverständigenrates Migration und Integration.

Bade sprach sich außerdem für kontrollierte Zuwanderung qualifizierter Migranten in die EU aus. Sie könne den Anreiz illegaler Flucht schmälern. Der Migrationsexperte verwies auf die hohe Bildung der jetzt auf Lampedusa gestrandeten Tunesier. Viele hätten einen Hochschulabschluss, die Hälfte sei jünger als 25 Jahre. "Das sind genau die, die wir in Europa brauchen", betonte der Migrationsexperte.
(dapd/KNA/SWR International)

Letzte Änderung am: 18.02.2011, 12.06 Uhr